Bundesrepublik Deutschland

HEINZ KRAMER

Die Europapolitik der Bundesrepublik Deutschland war 1982 durch unauffällige Kontinuität gekennzeichnet. Europa war nicht Gegenstand der ‚großen Politik'. Diese war im Innern bestimmt durch die lang anhaltende Agonie der sozialliberalen Koalitionsregierung und die anschließende Bewältigung der ‚Wende' durch die neue Koalition von Christdemokraten und Liberalen. Nach außen standen die Verstimmungen im atlantischen Bündnis im Vordergund sowie die damit verbundenen Fragen des richtigen Umgangs mit der Sowjetunion, d.h. die Diskussion um die richtige Implementierung des Nato-Doppelbeschlusses sowie die Gestaltung der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen. Im Windschatten dieser dominierenden Themen bestand die Europapolitik in „der Bemühung um Anpassung und Konsolidierung des in der Gemeinschaft erreichten Integrationsstandes unter schwieriger gewordenen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen"[1]. Diese Bemühungen wurden von der vorwiegend mit ihrem Innenleben beschäftigten sozialliberalen Regierung weitgehend routinemäßig und ohne erkennbaren besonderen Elan betrieben. Die neue Regierung unter Bundeskanzler Kohl sah sich wohl auch in der Europapolitik in der Generationsfolge zu Konrad Adenauer, denn sie verkündete, sie wolle „neue Wege zur Einigung Europas öffnen"[2]. Was danach jedoch über die Vorbereitungen der am 1. Januar 1983 beginnenden deutschen Ratspräsidentschaft verlautete, bewegte sich vorwiegend in bekannten Bahnen.

Die Haltung der Bundesrepublik Deutschland zur Gemeinschaftsreform

Im Mittelpunkt des politischen Bemühens in der EG standen auch 1982 jene Probleme, die unter dem Stichwort der Gemeinschaftsreform zusammengefaßt werden können: die Entwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), die Änderung der Haushaltsstruktur der Gemeinschaft mit dem Ziel, unangemessene finanzielle Belastungen einzelner Mitgliedstaaten zu beseitigen sowie die institutionelle und politische Weiterentwicklung der EG, die mit dem Vorhaben der ‚Europäischen Akte' (Genscher-Colombo-Initiative) verknüpft ist. Eine zusätzliche Brisanz erhielt diese Mischung der Probleme durch ihren direkten Bezug zu den laufenden Anstrengungen, den Beitritt Spaniens und Portugals zur EG möglichst rasch zu verwirklichen.

In allen diesen Fragen zeigte die Haltung der Bundesregierung ein hohes

Maß an Kontinuität[3]. So verfolgte sie in der GAP das Ziel, durch eine vorsichtige Preispolitik und stärkere Mitverantwortung der Erzeuger bei der Bekämpfung von Überschußproduktionen den Anstieg der Agrarausgaben unter der Steigerungsrate des Gesamthaushaltes zu halten. Daher gehörte sie auch zu jenen Mitgliedstaaten, die gegen Großbritannien, Dänemark und Griechenland erstmals seit 16 Jahren wieder eine Mehrheitsentscheidung über die Agrarpreise im Ministerrat bewirkten[4].

Ganz auf dieser Linie bemühte sie sich auch bei der Neuordnung der GAP im Bereich der Mittelmeerpolitik, die finanziellen Belastungen in möglichst engen Grenzen zu halten. Da eine befriedigende Lösung von der französischen Regierung zur Vorbedingung für substantielle Fortschritte bei der Süderweiterung gemacht wird, muß die Bundesregierung hier einen akzeptablen Kompromiß zwischen ihren prinzipiellen Restriktionswünschen bei der GAP und ihrem ebenso prinzipiellen Eintreten für einen möglichst raschen positiven Abschluß der Beitrittsverhandlungen finden. Mit einem allzu großen Entgegenkommen ihrer Partner in Frankreich, Italien und Griechenland kann sie dabei nicht rechnen. Ob der Ausweg darin besteht, sich ebenso wie bei der Neuregelung der Weinmarktordnung im Juli 1982 überstimmen zu lassen – vielleicht nachdem die drohende Fettsteuer abgewehrt worden ist –, muß die Zukunft zeigen.

An diesem Teilaspekt, der Anpassung an die GAP, wird das grundlegende Dilemma deutlich, vor dem die Bundesrepublik in der Frage der Süderweiterung steht, und für das sie noch keine Lösungsvorstellungen entwickelt zu haben scheint: Der spanische und portugiesische Beitritt wird aus politischen und strategischen Gründen befürwortet und dringend gewünscht. Doch sollen mit ihm nach Möglichkeit keine weiteren finanziellen Belastungen für die Bundesrepublik Deutschland verbunden sein. Ebenso soll der Grundsatz der Freizügigkeit der Arbeitskräfte nicht zu einem Absteigen der Gastarbeiterzahlen in der Bundesrepublik führen. Auch darf der offene Charakter der EG nicht weiter eingeschränkt werden, d.h. die Handelsbeziehungen zu den übrigen Mittelmeeranrainern sollten nicht beeinträchtigt werden und auch gegenüber anderen Drittländern darf es nicht zu einem Anwachsen protektionistischer Tendenzen kommen[5]. Doch wie und von wem die durch die Süderweiterung ohne Zweifel entstehenden Belastungen letztendlich getragen werden sollen, bleibt in den Vorstellungen der Bundesregierung weitgehend unklar. Hier haben ihr bisher auch die politischen Parteien keinen Weg gewiesen. Sie scheinen wohl darin übereinzustimmen, daß es die europäische Integration „nicht zum Nulltarif"[6] geben kann, aber in der europapolitischen Debatte des Deutschen Bundestages am 25. November 1982 haben auch sie keine praktikablen Lösungen dafür genannt, welchen Preis die Bundesrepublik Deutschland konkret für die Verwirklichung ihrer politischen Erweiterungsinteressen zahlen sollte. Das gebetsmühlenhafte Wiederholen der Formel, daß alle Anstrengungen unternommen werden müßten, um in der Vorphase des Beitritts jene Gemeinschaftsreformen zu verwirklichen, die die Belastungen der Erweiterung in vertretbaren

Grenzen halten und das Unternehmen zu einem Erfolg werden lassen, sind wenig hilfreich[7].

In der Frage der Haushaltsreform der EG und bei der Lösung des sogenannten britischen Problems verfestigte sich gegenüber 1981 die buchhalterische Betrachtungsweise der Bundesregierung, in der sie besonders von der SPD unterstützt wurde. Ausgehend vom Denken in Nettozahler- bzw. -empfänger-Kategorien richtete Bonn sein primäres Interesse auf die Beibehaltung der Ein-Prozent-Grenze beim Mehrwertsteueranteil der eigenen Einnahmen der Gemeinschaft und auf eine deutliche Entlastung bei der Beteiligung an den Ausgleichszahlungen für Großbritannien. So wurde die im Mai 1982 zustandegekommene Einigung über eine Lösung für 1982 auch ausdrücklich begrüßt. Weitergehende Initiativen zur Haushaltsreform sind jedoch nicht zu verzeichnen gewesen, wenn man einmal davon absieht, daß die am 30. Juni 1982 im Konzertierungsverfahren getroffene Übereinkunft über die Abgrenzung der Befugnisse von Rat und Parlament im Haushaltsverfahren mit Erleichterung aufgenommen wurde. Die von der FDP entwickelten Vorschläge zur Einbeziehung sämtlicher Ausgaben der EG in den Haushalt der Gemeinschaft[8] hingegen machte sich die Bundesregierung nicht zu eigen. Auch die neue Koalition ließ keine Initiativen in dieser Richtung erkennen. Angesichts der unverändert schwierigen gesamtwirtschaftlichen Lage der Bundesrepublik Deutschland dürfte auch in der neuen Regierung die generelle Zurückhaltung des Finanzministeriums gegenüber weiteren ausgabenwirksamen Maßnahmen zur Gemeinschaftsentwicklung bestimmend bleiben[9].

Der spezifisch deutsche Ansatz zur Weiterentwicklung der Gemeinschaft, das Bemühen um die von Bundesaußenminister Genscher initiierte ‚Europäische Akte'[10], wurde seitens der Bundesregierung mit Nachdruck weiter verfolgt. Hierbei ging es vor allem darum, das mangelnde Interesse an und den Widerstand einiger Partnerregierungen gegen dieses Vorhaben zu überwinden. So mündete das ganze Unternehmen auf Bonner Seite eher darin, in der Gruppe der mit der Textausarbeitung betrauten persönlichen Beauftragten der EG-Außenminister dafür Sorge zu tragen, daß durch die notwendigen Kompromisse die Substanz des ursprünglichen Vorschlags nicht völlig verloren ging. Dennoch gelang es der Bundesregierung nicht, im Laufe des Jahres ein Ergebnis zu erzielen, so daß sich die ganze Hoffnung auf die Zeit der deutschen Präsidentschaft im ersten Halbjahr 1983 richtete.

Deutsche Interessen in der Europapolitik

Ebenso unverändert wie in den Fragen der Gemeinschaftsreform zeigte sich die europapolitische Haltung der Bundesregierung in jenen Bereichen, in denen handfeste gesamtwirtschaftliche und sektorale Interessen der Bundesrepublik berührt wurden. So fochten die deutschen Minister in den verschiedenen Räten mit großem Einsatz für die Bewahrung liberaler Wirtschaftsprinzipien und gegen erkennbare protektionistische Neigungen bei Partnerländern. Sie hatten

hierbei die weitgehende und einmütige Unterstützung der Interessenvertretungen der bundesdeutschen Wirtschaft. So betonten sowohl der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) als auch der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) in ihren Jahresberichten, daß es zur EG keine Alternative gebe. Und der DIHT nennt als oberstes Ziel der deutschen EG-Präsidentschaft den Kampf gegen den Protektionismus innerhalb und außerhalb Europas. Auch für den BDI standen die Sicherung des gemeinsamen Binnenmarktes und seine Weiterentwicklung sowie die Fortsetzung der weltoffenen Handelspolitik der Gemeinschaft an der Spitze der europäischen Forderungen[11].

Vor diesem Hintergrund der marktwirtschaftlich-liberalen Grundposition mußte die Bundesregierung jedoch auch 1982 eine Reihe von Kompromissen in einzelnen Wirtschaftsbereichen eingehen, weil die Partner in der Gemeinschaft sehr viel stärker von protektionistischen Haltungen ausgehen. Im Übrigen erhob besonders die französische Regierung gegenüber Bonn den Vorwurf, daß sich auch die Bundesrepublik einer Vielzahl von subtilen protektionistischen Maßnahmen bediene. Dieser in einer Studie des Handelsministeriums mit Einzelheiten erläuterte Vorwurf kann in gewisser Hinsicht als Begleitmusik zu den vehementen politischen Auseinandersetzungen zwischen dem deutschen Wirtschaftsminister und dem französischen Handelsminister auf der Ministertagung des GATT über die Probleme des ‚freien' Welthandels angesehen werden.

Man wird davon ausgehen müssen, daß die gesamten Bemühungen in der EG um die Revitalisierung und den Ausbau des gemeinschaftlichen Binnenmarktes sowie um die Schaffung eines international wettbewerbsfähigen Produktionsraumes Westeuropa von diesen grundsätzlich divergierenden Anschauungen bestimmt werden. Ob es gelingt, über Gemeinsamkeiten in den grundlegenden Zielen hinaus auch eine Übereinstimmung hinsichtlich der konkret zu ergreifenden Maßnahmen zu erreichen, bleibt eine offene Frage. Die ‚Orientierungsdebatte' über die industrielle Strategie der Gemeinschaft am 4. Mai 1982 zeigte jedenfalls deutlich, daß die Bundesregierung nicht bereit war, den Grundsatz der Gemeinschaftspräferenz zur Abwehr industrieller Wettbewerber aus Nicht-Gemeinschaftsländern zu benutzen. Gleichermaßen deutlich war die Bonner Kritik an einer der jeweiligen Wirtschaftslage angepaßten Anwendung der Wettbewerbsregeln. Insbesondere die zunehmenden öffentlichen Finanzhilfen für krisengefährdete Wirtschaftszweige wie Stahl, Textil und Schiffbau wurden kritisiert[12].

Doch blieben die Bonner Hüter der reinen Wettbewerbs- und Freihandelslehre auch 1982 nicht davon verschont, im Rahmen der Gemeinschaftspolitik gerade in zweien dieser Sektoren protektionistische Kompromisse zu schließen. Sicher, um noch Schlimmeres zu verhindern. Doch trat im Stahlsektor auch die im Prinzip ebenfalls freihändlerisch orientierte westdeutsche Eisen- und Stahlindustrie dafür ein, daß die politisch Verantwortlichen „für eine Fortsetzung aller Elemente des europäischen Krisenmanagements in Artikel 58 und EUROFER III zu unverminderten Bedingungen sorgen"[13]. Gleichzeitig wurde von ihr

die Forderung nach Erhebung einer Ausgleichsabgabe auf unzulässig subventionierten Importstahl erneuert, falls der Krisenmechanismus nicht verlängert werden sollte. Der Rat beschloß im Juni 1982 – auch mit Zustimmung der Bundesregierung – die Verlängerung. Doch verschlechterte sich die Lage der deutschen Stahlindustrie im Laufe des Jahres so sehr, daß ihre Interessenvertretung gegen das Jahresende erheblich härtere Töne anschlug und auch mit kräftiger Kritik an der Bundesregierung und der EG-Kommission nicht zurückhielt. Sie fand mit ihren Klagen in Bonn und Brüssel jedoch nur eine geringe Resonanz, so daß wohl auch die westdeutschen Stahlerzeuger verstärkt nach der von ihr bei den ausländischen Konkurrenten so sehr verteufelten Medizin der staatlichen Subventionierung rufen werden. Bonn scheint gewillt, ihnen diese in Grenzen zuzugestehen[14].

Daß die Bundesregierung bereit ist, in Brüssel die Interessen der westdeutschen Stahlindustrie auch zu Lasten der eigenen marktwirtschaftlichen Ideale energisch zu vertreten, erwies sich auch in den Auseinandersetzungen mit der Regierung der USA über die gegen westeuropäische Exporteure verhängten Ausgleichszölle[15]. Die deutschen Vertreter widersetzten sich im Ministerrat zwar erfolgreich den Bemühungen der Partnerregierungen und der Kommission, die Lasten der mit den USA vereinbarten Exportbeschränkungen zu sehr auf die Schultern der von den amerikanischen Klagen kaum betroffenen deutschen Stahlindustrie zu legen, doch erhoben sie keine grundsätzlichen Einwände gegen die eingeführte Selbstbeschränkung. Außerdem handelten sie sich für ihre Bereitschaft zur Gemeinschaftssolidarität die Verpflichtung für die Kommission ein, wieder für ein einheitliches Preisniveau für Stahlprodukte in der EG zu sorgen. Auch dies war ein Desiderat der deutschen Stahlindustrie, die in der französischen und belgischen Abwertung ohne begleitende Preiskorrekturen einen Verstoß gegen das gemeinschaftliche Stahlkrisenmanagement sah.

Nachdem sich die Bundesregierung schon 1981 aus Rücksichtnahme auf die schwierige Situation der deutschen Textil- und Bekleidungsindustrie zur Zustimmung zum neuen Welttextilabkommen (WTA III) entschlossen hatte, unterstützte sie die Bemühungen der EG-Kommission zur Erneuerung der Selbstbeschränkungsabkommen mit 27 Textillieferländern, um den Verbleib der Gemeinschaft im WTA zu ermöglichen. Dabei nahm sie im Laufe der das ganze Jahr andauernden Verhandlungen, nicht zuletzt auf Druck der westdeutschen Industrie, eine zunehmend restriktive Haltung ein. Das trug letztlich auch dazu bei, daß die neuen EG-Regelungen noch protektionistischer sind, vor allem gegenüber den Hauptlieferländern im asiatischen Raum[16].

Dennoch zeigte sich die deutsche Textil- und Bekleidungsindustrie nicht völlig befriedigt, weil ihrer Auffassung nach zu wenig unternommen worden ist, um die Wettbewerbsverzerrungen auf dem Welttextilmarkt zu beseitigen. Da diese Praktiken, vor allem öffentliche Beihilfen zur Erhaltung von Arbeitsplätzen in Belgien, Frankreich und Italien, zunehmend auch im EG-Binnenmarkt zu verzeichnen waren, forderte Gesamttextil die Bundesregierung auf, schärfer

gegen die seiner Ansicht nach „blinde und lahme Hüterin des Wettbewerbs" – die EG-Kommission – vorzugehen. Es wurde davor gewarnt, auf dem Textilsektor den Sündenfall beim Stahl nachzuvollziehen[17].

Die Felder Stahl und Textil stehen exemplarisch für ein Problem, mit dem sich die deutsche Europapolitik zwar nicht erst seit 1982, doch in ständig wachsendem Maß konfrontiert sieht: wegen der in der Bundesrepublik seit langem verfolgten, im westeuropäischen Vergleich überaus liberalen und marktwirtschaftlichen Strukturwandel-Politik bewältigt die westdeutsche Volkswirtschaft die nun schon einige Jahre andauernde Phase der wirtschaftlichen Stagnation wesentlich besser als ihre Partnerländer. Diese haben in der Vergangenheit eine erheblich dirigistischere Industriestrukturpolitik betrieben, in der staatliche Eingriffe oft schon eine traditionelle Rolle spielen. Auch der Außenschutz gegen Drittlandkonkurrenz stellt für diese Partnerländer eine ‚natürliche' Verhaltensweise dar. Deshalb muß es fast zwangsläufig zu Gegensätzen in der EG komen zwischen jenen Mitgliedern, die eine nach außen und im Innern offene Gemeinschaft fordern – allen voran die Bundesrepublik – und jenen, die für das Zugeständnis des freien Binnenmarktes wenigstens einen verstärkten Außenschutz fordern. In dem Maße, in dem ihnen dies im Ministerrat versagt wird, greifen sie dann auch im Binnenhandel zu protektionistischen Maßnahmen in Form nichttarifärer Handelshemmnisse[18]. Da aber die Bundesrepublik Deutschland etwa die Hälfte ihrer Exporterzeugnisse auf diesem Markt absetzt, kann sie an einem ungeordneten verdeckten Protektionismus kein Interesse haben. In immer mehr sogenannten sensitiven Industriebereichen steht sie deshalb vor der Frage, ob es nicht notwendig ist, nach außen etwas weniger offen zu sein, um wenigstens den freien Binnenmarkt zu erhalten.

Je länger die jetzige Phase weltweiter Stagnation andauert und je länger damit auch die Massenarbeitslosigkeit das Überragende innenpolitische Problem der EG-Mitglieder bleibt, desto öfter könnte für Bonn die Frage auftauchen, wo der optimale Kompromiß im Hinblick auf Abstriche am Postulat der nach innen und außen offenen Gemeinschaft liegt. Dabei gilt es dann zusätzlich in den Partnerländern den Eindruck zu vermeiden, die Bundesrepublik wollte mit ihrer wirtschaftlichen Übermacht die EG dominieren.

Die neue Bundesregierung und die Vorbereitung der deutschen Präsidentschaft

Mit diesem Grundproblem deutscher Europapolitik sah sich auch die seit Oktober 1982 regierende Koalition von Christdemokraten und Liberalen konfrontiert, die nach dem Sturz von Helmut Schmidt die sozial-liberale Koalition ablöste. Doch ließ der neue Bundeskanzler, Helmut Kohl, schon zu Beginn seiner Amtszeit deutlich erkennen, daß er mit einer anderen Einstellung an die europapolitischen Fragen herangehen wollte. Für ihn war unstrittig, „daß eine Chance für Frieden und Freiheit des alten Kontinents nur dann besteht, wenn wir uns bis zum Ende dieses Jahrhunderts, das zugleich Ende des Jahrtausends ist, in Europa zusammenschließen. Und zwar nicht nur in einer Freihandelszo-

ne oder ähnlichem, sondern in dem klaren Aufbau der Vereinigten Staaten von Europa, der politischen Einigung Europas"[19]. In dieser Perspektive, die Europapolitik primär als eine „Politik für den Frieden in Freiheit" sieht, wollte die neue Regierung „neue Wege zur Einigung Europas öffnen", wie es in der Regierungserklärung vom 13. Oktober hieß. Zu diesem Zweck sollten die Handlungsfähigkeit der europäischen Institutionen verbessert werden, der Ministerrat wieder häufiger mit Mehrheit entscheiden, die Kompetenzen des Europäischen Parlaments ausgebaut und der spanische und portugiesische Beitritt unterstützt werden. Die Europäische Akte sollte eine neue politische Perspektive auf dem Weg zur Europäischen Union geben[20].

Mit diesen Ankündigungen weckte die neue Regierung hohe Erwartungen für die deutsche Präsidentschaft in den Gremien der EG und EPZ im ersten Halbjahr 1983. Um so gespannter konnte man auf die politische Konkretisierung dieser Leitlinien im Zuge der Vorbereitung der Präsidentschaft sein, die in den letzten Monaten des Jahres 1982 das Hauptelement bundesdeutscher Europapolitk bildete. Bonn setzte dabei folgende Schwerpunkte: Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, vorrangig der Jugendarbeitslosigkeit[21], Erhaltung und Ausbau des Binnenmarktes, eine bessere Koordinierung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten, Vorantreiben der Beitrittsverhandlungen mit Spanien und Portugal, die Verabschiedung der Europäischen Akte, um auf dem Wege zur Europäischen Union voranzukommen und schließlich die Stärkung der EPZ in Richtung auf das Ziel einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik[22].

Daneben ging es darum, die laufenden Geschäfte weiterzuführen, d.h. alle während der dänischen Präsidentschaft unerledigt gebliebenen Aufgaben zu übernehmen. Das galt für sämtliche Probleme der Gemeinschaftsreform, von der Anpassung der Agrarpolitik über die Reform des Finanzsystems, die dauerhafte Lösung des britischen Beitragsproblems, bis hin zur Schaffung des Produktionsraumes Europa. Ebenso waren alle anderen offenen Dossiers fortzuführen. Dazu zählten insbesondere einige heikle Fragen im Bereich der Außenbeziehungen, wie die Klärung des Assoziationsverhältnisses mit der Türkei, die Beilegung der amerikanisch-europäischen Spannungen in den Handelsbeziehungen, die Vorbereitung von Lomé III sowie der Wille Grönlands, die EG zu verlassen. All diese Aufgaben und zahlreiche andere hoffte die Bundesregierung durch die erneute Bekräftigung der politischen Perspektive der Gemeinschaft, einer sachgerechten Lösung unter der Wahrung des Zusammenhaltes und der Fortentwicklung der EG zuführen zu können.

An diesem Programm fällt auf, daß es sich weitgehend in der Benennung der Aufgaben erschöpft. Wirklich neue Wege in der Europapolitik im Sinne des Propagierens neuer Lösungsvorschläge für die seit Jahren bekannten Probleme sind nicht erkennbar. Es stellt sich deshalb die Frage, ob guter Wille, gekoppelt mit einer verstärkten Betonung der politischen Finalität des Integrationsprozesses in Westeuropa allein ausreicht, um die erheblichen Positionsunterschiede in den Sachfragen zwischen den Mitgliedstaaten aufzuheben. Diese Überle-

gung erhält ein zusätzliches Gewicht, wenn man in Rechnung stellt, daß die Bundesregierung wegen der vorgezogenen Wahlen vom 6. März 1983 in ihrer Aktionsfähigkeit durch den zu erwartenden heißen Wahlkampf beeinträchtigt wird. Damit aber droht der deutschen Europapolitik die Gefahr einer erheblichen Kluft zwischen ihrer vollmundigen Rhetorik und dem sachlich-politisch tatsächlich Erreichbaren[23].

Anmerkungen

1 Bericht der Bundesregierung über die Integration in den Europäischen Gemeinschaften (Oktober 1981 bis März 1982), Deutscher Bundestag, 9. Wahlperiode, Drucksache 9/1625 v. 3. 5. 1982, S. 2.

2 Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl vor dem Deutschen Bundestag vom 13. 10. 1982, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 93 v. 14. 10. 1983, S. 861.

3 Vgl. dazu Heinz Kramer, Bundesrepublik Deutschland, in: Werner Weidenfeld u. Wolfgang Wessels (Hrsg.), Jahrbuch der Europäischen Integration 1981, Bonn 1982, S. 404-420.

4 Siehe ergänzend dazu Werner Weidenfeld, Die Bilanz der Europäischen Integration 1982, und Winfried von Urff, Agrar- und Fischereipolitik, in diesem Band.

5 Die Leitgedanken der bundesdeutschen Süderweiterungsphilosophie sind in einem Schreiben der Bundesregierung an Kommissionspräsident Thorn vom September 1982 enthalten; vgl. Agence Europe v. 4./5. Oktober 1982, S. 6, sowie Neue Zürcher Zeitung v. 9. Oktober 1982, S. 17.

6 So der Abgeordnete Manfred Vohrer (FDP) in der Debatte des Deutschen Bundestages zu verschiedenen Aspekten der Außen- und Europapolitik; hier zitiert nach Das Parlament, Nr. 49 vom 11. Dezember 1982, S. 9. Vgl. zur europapolitischen Haltung der Parteien auch die dieser Debatte zugrundeliegenden Anträge der SPD/FDP und der CDU/CSU in: Deutscher Bundestag, 9. Wahlperiode, Drucksache 9/951 und Drucksache 9/1741.

7 Siehe ergänzend dazu Peter Frey, Spanien und Portugal, in diesem Band.

8 Vgl. dazu fdk-Tagesdienst vom 10. Februar 1982, in dem ein Positionspapier der FDP-Fraktion zur Europapolitik veröffentlicht ist, S. 3f.

9 Siehe ergänzend dazu Thomas Läufer, Haushaltspolitik, in diesem Band.

10 Abgedruckt als Dokument Nr. 6 in: Werner Weidenfeld u. Wolfgang Wessels (Hrsg.), Jahrbuch der Europäischen Integration 1981, Bonn 1982, S. 519-524. Vgl. weiterführend dazu Werner Weidenfeld, Die Bilanz der Europäischen Integration 1981, in: Weidenfeld/Wessels (Hrsg.), Jahrbuch der Europäischen Integration 1981, a.a.O., S. 13–40, hier S. 31f. sowie Werner Weidenfeld (Hrsg.), Nur verpaßte Chancen? Die Reformberichte der Europäischen Gemeinschaft, Bonn 1983, S. 73-80.

11 Vgl. dazu im einzelnen Deutscher Industrie- und Handelstag, Bericht 1982, Bonn 1983, S. 49–54 und Bundesverband der Deutschen Industrie, Jahresbericht 1980–1982, Köln 1982, S. 190–193 sowie DIHT-Nachrichten, Nr. 37 vom 27. 12. 1982.

12 Vgl. Agence Europe v. 6. 5. 1982, S. 6-7 sowie ergänzend dazu Wilhelm Hadler, Der Ministerrat, Peter-W. Schlüter, Wirtschafts- und Währungspolitik, und Heinrich von Moltke, Binnenmarktpolitik, in diesem Band.

13 So der Vorsitzende der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie, Spethmann, in seiner Rede auf der öffentlichen Veranstaltung aus Anlaß der Mitgliederversammlung am 11. 5. 1982.

14 Vgl. zu Einzelheiten dieser sich verschärfenden Tonlage Herbert W. Köhler, Mittelfristig nur aufgelockerte Bewölkung, in: Die Welt vom 13. 11. 1982; Ruprecht Vondran, Zukunftsaussichten des Stahlmarktes aus nationaler und internationaler Sicht, in: Stahl und Eisen, Nr. 25/26 vom 16. 12. 1982. (In diesem Beitrag wirft das geschäftsführende Vor-

standsmitglied der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie der EG-Kommission „sieben Todsünden" in ihrer Stahlpolitik vor) sowie ders., Die Stahlindustrie der Bundesrepublik wird von EG-Konkurrenten ausgetrickst, in: Handelsblatt, Nr. 252 vom 31. 12. 1982, in dem der Bundesregierung sowohl die Hinnahme des Bruchs des Beihilfeverbotes von Art. 4c EGKS-Vertrag als auch die Akzeptierung des Subventionskodex der EG von 1981 vorgehalten wird.

15 Siehe ergänzend dazu Werner Weidenfeld, Die Bilanz der Europäischen Integration 1982, und Eberhard Rhein, Außenbeziehungen, in diesem Band.

16 Siehe ergänzend dazu Hans-Armin Geister, Wettbewerbs- und Industriepolitik, in diesem Band.

17 Vgl. für Einzelheiten den Beitrag von Konrad Neundörfer, Hauptgeschäftsführer von Gesamttextil, zum WTA, in: Europäische Zeitung vom November 1982, S. 3 und die Rede des Präsidenten von Gesamttextil, Ernst-Günter Plutte auf der gemeinsamen Jahresversammlung von Gesamttextil und dem Bundesverband Bekleidungsindustrie am 9. Dezember 1982, aus der die zitierte Kennzeichnung der EG-Kommission stammt.

18 Siehe ergänzend dazu Heinrich von Moltke, Binnenmarktpolitik, in diesem Band.

19 Rede des Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, auf dem 4. Kongreß der Europäischen Volkspartei in Paris vom 6. bis 8. Dezember 1982, in: Europa im Blickfeld, Nr. 11, 1982 (10. 12. 1982), S. 2.

20 Regierungserklärung von Bundeskanzler Kohl vor dem Deutschen Bundestag, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 93 vom 14. 10. 1982, S. 861.

21 In gewissem Gegensatz zu dieser Priorität stand allerdings die Aussage von Bundeskanzler Kohl: „Ich halte nicht viel von großen Plänen auf der Ebene der Gemeinschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit" in seiner in Anm. 12 zitierten Rede auf dem EVP-Kongreß (hier: S. 4).

22 Vgl. zu den Zielen und geplanten Schwerpunkten der deutschen Präsidentschaft den Sonderteil der Europäischen Zeitung vom Dezember 1982, S. 9-11 mit Beiträgen von Bundesaußenminister Genscher, Immo Stabreit und Dietrich von Kyaw. Siehe dazu auch die Rede von Staatsminister Alois Mertes auf der Mitgliederversammlung des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung, abgedruckt in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 123 vom 7. 12. 1982, S. 1112-1116.

23 Vgl. dazu: Bonn's EEC policy: new words to an old melody, Financial Times vom 30. 11. 1982.

Weiterführende Literatur

Bericht der Bundesregierung über die Integration in den Europäischen Gemeinschaften, in: Deutscher Bundestag, 9. Wahlperiode: Berichtszeitraum Oktober 1981 bis März 1982, Drucksache 9/1625 vom 3. 5. 1982; Berichtszeitraum April 1982 bis September 1982, Drucksache 9/2069 vom 29. 10. 1982.

Hrbek, Rudolf u. Wolfgang Wessels, Das vitale Interesse der Bundesrepublik Deutschland an EG und EPZ, Bonn: Institut für Europäische Politik 1982.

May, Bernhard, Kosten und Nutzen der deutschen EG-Mitgliedschaft, Bonn: Europa Union Verlag 1982.

Mertes, Alois, Perspektiven und Schwerpunkte der deutschen Präsidentschaft in der EG und der EPZ, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 123 vom 7. 12. 1982, S. 1112-1116.